

Sehr geehrter Herr Präsident,

In Ihrer Nachricht (E-Mail v. 29. Juni 2014) bekräftigen Sie, dass es notwendig sei, einen Kompromiss bei den Verhandlungen über die Jahresgebühren zu finden.

Per Definition muss ein Kompromiss vorteilhaft und verpflichtend für beide Parteien sein!

Was Sie verhandelt haben, passt nicht zu dieser Definition, da die Verhandlungen ausschließlich zum Vorteil für das Unternehmen SAS Euronat sind, dessen Ziel es ist, den Betrag der Jahresgebühren anzupassen **UND** darüber hinaus eine zusätzliche „EXTRA“-Gebühr, nämlich eine finanzielle Beteiligung an den Investitionen (Fonds) zu fordern, ohne angemessene Gegenleistung, was überhaupt nicht im Einklang mit den Nutzungsrechtsbestimmungen (REGLEMENT DE JOUISSANCE) der Inhaber eines Nutzungsrechtes (droit de jouissance) steht.

Sie möchten gerne wissen, warum wir diese Verhandlungen stoppen wollen?

Ich dachte, ich sei in meinen bisherigen Mitteilungen klar genug gewesen.

Trotzdem im Folgenden nochmals unsere Argumente unterschieden nach 2 Aspekten:

Methode – Inhalt

Was die Methode angeht:

- eine Vereinbarung unterzeichnet zu haben, die dem Verein untersagt vor Gericht zu gehen, bevor überhaupt die Verhandlungen beginnen! Gewiss ist ein Prozess nie das Ziel, aber es ist ein Mittel, das im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen möglich sein sollte.
- einen Experten beauftragt zu haben, der von beiden Parteien bezahlt wird im Glauben, dass dieser unparteiisch sei, statt mit unseren eigenen Fachleuten zu arbeiten, was nur vernünftig ist. Ebenso wäre es mit gesundem Menschenverstand logisch gewesen, Maître Laurich in Anspruch zu nehmen, die sich in der Angelegenheit auskennt, die sich durchsetzungsfähig gezeigt hat und die darüber hinaus deutsch-französische Rechtsanwältin, also zweisprachig ist... Welche Gründe haben gegen diese Wahl gesprochen?
- die Intransparenz der Kommission, die mangelnde Absprache zwischen den Kommissionsmitgliedern, Geheimniskrämerei, alles das sind Kriterien und Verhaltensweisen, die in einem Verein vollkommen unangebracht sind.

Was den Inhalt angeht: Wir müssen die Grundlagen berücksichtigen.

- Wir haben einen Vertrag, der unser Nutzungsrecht definiert. Allerdings lautet Artikel IV-A (- der die Jahresgebühren definiert und im Grundbuchamt hinterlegt ist) in der 2004 geänderten Fassung wie folgt: *"Der Gesamtbetrag der jährlichen Gebühren beinhaltet das Nutzungsrecht, das Aufenthaltsrecht sowie Betriebskosten, Wartung und Animation."* Dieser Artikel IV A (2004) enthält nicht mehr den Satz *"Das Unternehmen behält sich jedoch das Recht vor, eine Angleichung der Lasten vorzunehmen unter Berücksichtigung der Kosten, die sie tatsächlich zur Erhaltung der bestehenden Investitionen aufbringen müsste. Diese Angleichung erfolgt nach Prüfbericht de Rechnungsprüfers."* Doch die Direktion Euronat zitiert diesen Satz regelmäßig ... unrechtmäßigerweise!
- Alle Verhandlungen müssen von dieser Rechtsgrundlage ausgehen, und die Direktion Euronat hat nicht die Möglichkeit, einseitig die Jahresgebühr zu erhöhen oder deren Grundlagen zu ändern, auch wenn (sogar) der Verantwortliche der Redevancekommission das Gegenteil behauptet.

- Investitionen sind eindeutig in der Verantwortung des Unternehmens, die sie tätigt, sie steuermäßig abschreiben und so Rücklagen für zukünftige Investitionen bilden kann.
- Schließlich haben die bisher veröffentlichten Bilanzen keine beunruhigende Lage gezeigt, im Gegenteil: das Unternehmen macht weiterhin erhebliche Gewinne und führt seine Strategie fort, Dividenden an seine Aktionäre auszuschütten!

Darüber hinaus lassen Sie mich einige Tatsachen darlegen, die erstaunen und nicht im Einklang mit den Vereinsregeln und / oder dem Vereinsgedanken stehen:

- Wir haben Ihnen (am 27. Mai 2014) ,in Übereinstimmung mit der Satzung des Vereins, einen offiziellen Antrag auf eine außerordentliche Mitgliederversammlung zugesandt, die vorzugsweise bis Ende Juni 2014 stattfinden sollte.

Sie reagierten nicht auf diesen Brief (Einschreibebrief). Dieses Verhalten entspricht nicht dem eines verantwortlichen Präsidenten. Am 18. Juni sahen wir uns gezwungen, Ihnen erneut eine Frist zu setzen, um dem Antrag dieser Mitglieder der IFE-AIDE zu entsprechen.

- Sie ließen eine Frist von 4 Wochen verstreichen, bevor Sie einseitig entschieden haben, die AoMV durch eine schriftliche Abstimmung zu ersetzen (als Möglichkeit in der Satzung vorgesehen), und haben dadurch jeglichen Meinungs-/Informationsaustausch, Diskussion in der Mitgliedergemeinschaft verhindert, was für ein objektives/sachliches Verständnis der Thematik notwendig wäre.

- Sie haben beschlossen, die durch eine Abstimmung per Brief ersetzte Außerordentliche Mitgliederversammlung auf einem späteren, noch nicht fest gelegten Zeitpunkt zu verschieben. Letzteres steht nicht im Einklang mit der Aussage in der Satzung „in dringenden Fällen“. Diese Dringlichkeit ist gegeben und in unserem Antrag begründet: Zwischen SAS Euronat und IFE-AIDE sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die Ferienzeit hat begonnen, und die Mitglieder haben keinerlei neue Informationen. Sie haben die Argumente und Motive des „Collectifs“ nicht weitergeleitet, obwohl 1/3 der Mitglieder der IFE –AIDE (Bungalowbesitzer) sich dem Collectif angeschlossen haben.

-Dieser Eigensinn seitens des Präsidenten der IFE-AIDE, unsere Argumente und Wünsche nicht zu berücksichtigen, steht in offensichtlichem Widerspruch zu einem großen Anteil der Vereinsmitglieder. Dieses wenig demokratische Verhalten respektiert nicht Umgangsformen des Dialogs, des Anhörens und der Berücksichtigung von Wünschen der Mitglieder.

Die Methoden, die Sie ergreifen, um jegliche Kommunikation unserer Argumentation an alle Mitglieder zu verhindern, stärken lediglich unsere Motivation, weiterhin die Menschen wachsam zu machen. Leider tragen Sie mit Ihrem Verhalten jeden Tag dazu bei, die Verantwortlichen im Verein IFE-AIDE weiter zu diskreditieren.

Ein objektives Anhören Ihrerseits, gefolgt von einem konstruktiven Dialog wäre wünschenswert gewesen und hätte sicherlich zu einer Vereinbarung oder zumindest zu einer weitgehenden Einigung geführt. Aber einige Mitglieder des Vorstandes und der Redevance-Kommission scheinen nicht bereit zu sein, zu diskutieren oder eine andere Meinung gelten zu lassen. Dies ist gerade in einem Verein bedauernd und sehr enttäuschend.

Wir setzen mehr denn je mit unserer Aktion auf ein faires und ausgleichendes Vorgehen und sind nicht an einem Konflikt interessiert.

Falls Sie diesen Brief (den Sie vertraulich erbat) an die Mitglieder versenden möchten, so bitte ich Sie ausdrücklich, ihn ungekürzt und ohne jeglichen sinnverändernden Kommentar weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Jean Paul VACANDARE (-im Namen der 250 Personen, die unserer Position zustimmen)